Wirtschaftspolitik

HENRY KRÄGENAU

Die Wirtschaftslage in der Europäischen Gemeinschaft war seit ihrer Gründung noch nie so schlecht wie heute. Die Gemeinschaft – nach dem Beitritt Griechenlands jetzt auf 10 Mitglieder angewachsen – ist insgesamt gesehen 1981 der Lösung der ihr auf den Nägeln brennenden Probleme – Eindämmung der Inflation, Wiedergewinnung von Wachstum und Vollbeschäftigung, Rückführung der hohen staatlichen Defizite – kaum näher gekommen; gewisse Fortschritte beim Abbau der Leistungsbilanzdefizite sind allerdings nicht zu übersehen. Die konjunkturelle Schwäche – zu der noch strukturelle Probleme kommen – hält diesmal länger an als nach der ersten Ölkrise. Ein solches Umfeld erschwert wiederum die Überwindung der schweren internen Konflikte, die das integrationspolitische Klima zunehmend verschlechtern[1].

Allerdings bestehen im wirtschaftlichen „Krisengrad" zwischen einzelnen europäischen Volkswirtschaften erhebliche Unterschiede. Volkswirtschaften, die ein gewisser sozialer Konsens und ein flexibleres Eingehen auf neue Marktlagen kennzeichnet, konnten sich besser gegen die Rezession behaupten[2]. Ausdruck der starken Divergenz in den Grundentwicklungen der EG-Länder sind nicht zuletzt drei Währungsanpassungen innerhalb von nur einem knappen Jahr (März/Oktober 1981, Februar 1982), zunehmende Kapitalverkehrsbeschränkungen und wachsende protektionistische Bestrebungen.

Zwischen den Gemeinschaftsländern bestehen z.T. erhebliche Unterschiede in den Auffassungen über den einzuschlagenden wirtschaftspolitischen Kurs, mit dem man am ehesten auf einen Pfad dauerhaften Wachstums gelangt und dem zentralen Beschäftigungsproblem gerecht wird. In heftiger Kontroverse liegen hier die Anhänger angebotsorientierter und die Befürworter nachfrageorientierter Politiken, wobei es auch innerhalb der einzelnen Lager noch unterschiedliche Ansätze gibt. Die Chancen für eine besser abgestimmte und kohärente Wirtschaftspolitik mit dem Ziel einer stärkeren Konvergenz in der wirtschaftlichen Entwicklung sind gegenwärtig sicherlich nicht sehr groß.

Im folgenden werden nach einer Darstellung der Wirtschaftslage der Gemeinschaft im Jahre 1981 die wirtschaftspolitischen Ansätze und Ergebnisse einzelner Länder, nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt der Konvergenz skizziert. In diesem Zusammenhang wird auch auf Gemeinschaftsanstöße und -initiativen eingegangen, die vor allem für den Wirtschaftsablauf des Referenzjahres relevant waren. Danach werden die im vergangenen Jahr auf Gemein-

schaftsebene entwickelten wirtschaftspolitischen Vorstellungen über eine mittelfristige Strategie zur Überwindung der wirtschaftlichen Probleme der Gemeinschaft behandelt, die aber z.T. noch stark umstritten sind und diskutiert werden.

Wirtschaftslage der Gemeinschaft 1981; Hauptzüge

Das reale Sozialprodukt der Gemeinschaft schrumpfte 1981 – nach einem Zuwachs von 1,1 % im Vorjahr – um 0,6 %. Im Jahreswirtschaftsbericht 1980/81 war die Kommission noch von einem, wenn auch bescheidenen, Zuwachs ausgegangen (0,6 %). Angesichts rückläufiger Produktion, bei anhaltendem Produktivitätsfortschritt, hat sich überall in der EG die Arbeitsmarktlage rasch verschlechtert; die Arbeitslosenquote stieg – bedingt auch durch den starken Anstieg neu auf den Arbeitsmarkt drängender Kräfte – von 6,2 % auf jahresdurchschnittlich über 8 % an.

Trotz anhaltender Konjunkturschwäche wurden nur geringe Fortschritte bei der Inflationsbekämpfung erzielt. Die Verbraucherpreise stiegen in der Gemeinschaft 1981 durchschnittlich um gut 11 %. Entscheidend für die Hartnäkkigkeit des Preisauftriebs ist der anhaltende Kostenanstieg. Teilweise dürfte wohl die Überwälzung früherer Einfuhrverteuerungen noch nicht abgeschlossen sein. Zudem ist die Lohnpolitik insgesamt gesehen zu wenig flexibel gewesen, um eine nennenswerte Entlastung zu bringen. Die Leistungsbilanzsituation der Gemeinschaft hat sich zwar insgesamt verbessert, aber eine Reihe von Ländern hat weiterhin große Probleme. Auf Dollarbasis hat sich das Gemeinschaftsleistungsbilanzdefizit inzwischen auf 20 Mrd. $ (−0,8 % des BSP) gegenüber 1980 (−1,4 % des BSP) halbiert. Dem realen Außenbetrag kam konjunkturell eine stützende Rolle zu.

Einzelstaatliche Wirtschaftspolitik und Gemeinschaftsinitiativen

Die Voraussetzungen für die Lösung der vorrangigen Aufgabe, ein vor allem von Investitionen getragenes Wirtschaftswachstum in Gang zu bringen und dabei neue Beschäftigungschancen zu eröffnen, sind von Land zu Land höchst unterschiedlich. Das wiederum ist nicht zuletzt ein Reflex wirtschaftspolitischer Versäumnisse der Vergangenheit. In der im Gefolge der starken Ölpreisverwerfungen von 1973 entstandenen Weltrezession war es den meisten EG-Ländern nicht glungen, die Inflationsmentalität so weit zu brechen, daß hernach ein weitgehend spannungsfreies Wachstum möglich gewesen wäre. Angesichts wachsender Arbeitslosenzahlen vertagte man vielfach durchgreifende Lösungen der aufgetretenen Stabilitäts- und Angebotsprobleme und versuchte, die Schwierigkeiten durch einen expansiven Kurs zu überspielen[3]. In dem Maße, wie es einzelne EG-Länder versäumten (oder politisch bedingt versäumen mußten), sich den anstehenden Aufgaben wirksam zu stellen, wurde ihre Lage nach dem zweiten Ölpreisschock 1979/80 noch schwieriger, da jetzt zusätzliche Probleme zu lösen waren, die aus dem erneuten ölpreisbedingten Kaufkraftent-

zug und dem damit zusammenhängenden Anpassungsprozeß resultierten. Hinzu kam, daß man sich, obgleich aus wachstums- und beschäftigungspolitischen Gründen niedrigere Zinsen notwendig gewesen wären, dem von den USA ausgehenden Zinsanstieg umso weniger entziehen konnte, als man keinen Stabilitäts- und Anpassungsvorsprung besaß.

Im Rahmen dieses Szenariums bildete sich in den beiden lezten Jahren in der Gemeinschaft – bei, wenn auch 1981 geringer werdender, Stabilität der innergemeinschaftlichen Wechselkurse – eine starke Divergenz bei Preisen und Kosten sowie der Haushalts- und Leistungsbilanzentwicklungen (in v.H. des BPS) heraus, auf die an anderer Stelle eingegangen wird[4].

Die Voraussetzungen für die Fortentwicklung des Europäischen Währungssystems von einem Wechselkursmechanismus zu dem erklärtermaßen angestrebten Stabilitätsverbund sind daher gegenwärtig wenig günstig. Die optimale Allokation der Ressourcen, formelhafter Kern der Integrationsphilosophie, wird unter diesen Bedingungen vielfach behindert[5]. Einzelne Länder nahmen angesichts ungenügender Stabilitätserfolge immer wieder integrationsfeindliche Eingriffe in die Freizügigkeit des Leistungs- und Kapitalverkehrs vor, wie im vergangenen Jahr Frankreich mit seinen Kapitalverkehrskontrollen oder Italien mit seinem Importdepot. Der EWG-Vertrag sieht zwar vor, daß die Mitgliedsländer ihre Wirtschaftspolitik koordinieren, um einen hohen Beschäftigungsstand, ein stabiles Wachstum, Zahlungsbilanzgleichgewicht und das Vertrauen in die Währung zu sichern. Trotz instrumentaler und institutioneller Ansätze und Bemühungen – erst 1980 wurden neue Initiativen zur Verbesserung der Koordinierung der Wirtschaftspolitik unternommen[6] – sind die „Koordinierungs-, Konzertierungs- und Harmonisierungsbemühungen" doch eher im „Formalen" steckengeblieben.

Angesichts vielfach unterschiedlicher Auffassungen über den am meisten erfolgversprechenden wirtschaftspolitischen Kurs ist es schwierig, im Sinne einer optimalen Gemeinschaftspolitik bei den ablaufpolitischen Entscheidungsvariablen Staatshaushalt, Geldmenge, Einkommen sowohl innerhalb der Länder als auch zwischen den Mitgliedsländern zu konsistenten Festlegungen und Entwicklungen zu kommen. Nicht zuletzt spielt dabei eine Rolle, daß regelmäßig mehrere Institutionen und Gruppen am Entscheidungsprozeß beteiligt sind. Als richtig erkannte wirtschaftspolitische Ansätze konnten von den Instanzen häufig nicht durchgesetzt werden[7].

Die wirtschaftspolitischen Leitlinien für die Gemeinschaft 1981, die der Rat auf Vorschlag der Kommission unter dem Eindruck der Ölkrise im Dezember 1980 verabschiedete[8], sahen vor, daß die Wirtschaftspolitik vor allem auf Inflationsabbau, Öleinsparungen und erforderliche Strukturanpassungen gerichtet sein müßte. Eine Politik der Nachfragestützung wurde als ungeeignet abgelehnt. Vielmehr sollte ein deutlicher Akzent auf die Angebotspolitik gesetzt werden, indem alternative Energiequellen entwickelt, eine Stärkung des Marktmechanismus vollzogen, eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit

und eine Erhöhung der Investitionen in neue Produktionsunternehmen erreicht werden sollten, und zwar bei gleichzeitiger Unterstützung der Bemühungen um Schaffung einer angemessenen Infrastruktur und um Verbreitung der auf neuen Bedarf zugeschnittenen Verfahren.

Eine Reihe von EG–Ländern setzt – im Einklang mit der Leitlinie – auf eine angebotsorientierte Strategie oder auf Elemente davon. Eine wesentliche Komponente dieser Politik ist die Verbesserung der unternehmerischen Gewinnerwartungen durch die Eindämmung des Lohnanstiegs, um so Produktionsanreize zu schaffen, wobei eine flankierende straffe Geldpolitik inflatorische Verzerrungen des Kosten- und Preisgefüges in Schach halten soll.

Frankreich verfolgt hingegen seit Mitte 1981 einen stärker nachfrageorientierten Weg. Die Staatsausgaben stiegen dort rasch an. Die Mindestlöhne wurden zur Anregung des Verbrauchs kräftig angehoben. Daß 1981 der Verbraucherpreisanstieg mit 13,4 % wenigstens etwa dem des Vorjahres entsprach – womit er aber weiterhin deutlich über dem EG-Durchschnitt liegt –, wurde nicht zuletzt durch dirigistische Maßnahmen in Form von Preisstops (Grundnahrungsmittel, Dienstleistungen) erreicht, die zwischenzeitlich durch „freiwillige" Preiszurückhaltungsvereinbarungen ersetzt wurden. Zweifelhaft ist, ob angesichts eines wirschaftspolitischen Kurses, der tendenziell eher auf eine Einkommensumverteilung zu Lasten der Unternehmen hinausläuft, die Konsumsteigerungen auf die privaten Investitionen ausstrahlen und damit die angestrebte Beschäftigungserhöhung (dauerhaft) herbeiführen.

Die Verunsicherung der privaten Investoren durch die nach dem Wahlsieg Mitterands geschaffenen verstärkten Eingriffsmöglichkeiten in den Investitionsentscheidungsprozeß, die Verstaatlichungen von Banken und industriellen Großunternehmen ist sicherlich der angestrebten Entwicklung nicht förderlich. Abzuwarten bleibt, ob der unter Wettbewebsgesichtspunkten (und Konvergenzaspekten) notwendige und auch angestrebte Inflationsabbau gelingt. Preisstops und andere dirigistische Eingriffe sind sicherlich kein geeignetes Mittel. Zudem wird durch die Verringerung der Überwälzungsmöglichkeiten und die daraus resultierende Verschlechterung der Ertragslage der Unternehmen die Investitionsneigung negativ beeinflußt. Die vom Prinzip Hoffnung getragene Erwartung der Regierung auf Lohnmäßigung ist eine höchst unsichere Größe.

Von den anderen großen EG-Ländern blieben die Bundesrepublik und Großbritannien auf ihrem Stabilitätskurs, der die Rahmenbedingungen zu verbessern suchte. Großbritannien hatte 1979 den für das Land neuen Weg einer mittelfristig orientierten radikalen Stabilisierung betreten. Unter bewußter Inkaufnahme temporärer Wachstumsverluste und starker Unterbeschäftigung ist die Politik auf eine Brechung der tief verwurzelten Inflationsmentalität – bis 1980 lag die britische Inflationsrate weit über dem EG-Durchschnitt – durch eine restriktive Geldmengenpolitik angelegt, um so eine neue Basis für dauerhafte Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum zu schaffen. Staatliche

Ausgabenbeschränkungen sollen das öffentliche Defizit verringern und gleichzeitig Raum für private Investitionen geben. Die Stabilitätspolitik hat mit der Dämpfung des Lohn- und Preisauftriebs 1981 deutliche Erfolge erzielt. Der Preis dafür ist freilich hoch: Großbritannien hat mit 10,5 % (1981) die zweithöchste Arbeitlosenquote in der EG. Dennoch bleibt die Regierung auf ihrem binnen- und außenwirtschaftlich orientierten Stabilisierungskurs, bei dem es ihr auch darum geht, Inflationsimpulse, die sich aus einer Abwertung des Pfundes gegenüber dem Dollar ergeben könnten, zu vermeiden (Zinspolitik). Die EG-Kommission vertritt die Ansicht, daß die zuständigen Stellen die Festlegung einer Zielmarge für Wechselkursschwankungen ins Auge fassen sollten. Angesichts der sich bessernden Haushaltssituation und des kaum noch vom Gemeinschaftsdurchschnitt abweichenden Kosten- und Preisanstiegs würde nach ihrer Auffassung eine solche Politik durch eine Einbeziehung des Pfund Sterling in den Wechselkursmechanismus des EWS glaubwürdiger und damit leichter durchsetzbar sein[9].

Bei der Bundesrepublik, deren Situation innerhalb der EG 1981 relativ günstig war – eine der niedrigsten Arbeitslosenquoten, geringster Verbraucherpreisanstieg, unter dem EG-Durchschnitt liegende öffentliche Nettokreditaufnahme (in v.H. des BSP), im Vergleich zu anderen EG-Ölimport-Ländern relativ niedriges Leistungsbilanzdefizit (in v.H. des BSP) – haben sich, wenn auch nur allmählich und graduell, die Bedingungen für die Überwindung der Stokkungsphase verbessert. Die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik ist auf angebotsseitige Verbesserungen angelegt. Ihren Kern bildet eine zeitweilig allerdings allein gelassene straffe Geldpolitik, die unter außenwirtschaftlichem Druck den Pfad der angestrebten potentialorientierten Geldmengenausweitung sogar nach unten verließ (verlassen mußte?); hinzu kommt, wenn auch spät, jetzt eine politische Weichenstellung in Richtung Konsolidierung der Staatsfinanzen; schließlich sind Anzeichen für eine Entzerrung der Verteilungsrelationen zugunsten der Unternehmen erkennbar[10]. Diese Politik ist zwar durchaus nicht unumstritten, wird aber wohl überwiegend als alternativlos angesehen. Sie verspricht freilich vor allem Wirkungen auf mittelfristige Sicht.

Zunehmende stabilitätspolitische Divergenzen veranlaßten die Kommission im Juli 1981, mit einer allgemeinen Mitteilung auf beschleunigte Anpassungsprogramme zu drängen, wobei sie schwergewichtig auf Stabilisierung der öffentlichen Finanzen und Einkommen abstellte[11]. Genötigt sah sie sich speziell zu zwei Empfehlungen an Belgien[12] und Italien[13].

Die belgische Wirtschaftslage hat sich auch 1981 besorgniserregend weiter verschlechtert. Die fundamentalen Faktoren – sehr ungünstige Position der relativen Lohnkosten gegenüber anderen Gemeinschaftsländern, immens hohe Staats- und Leistungsbilanzdefizite – konnten durch die anhaltende monetäre Stabilisierungspolitik – hier traditionell Wechselkurspolitik – nicht korrigiert werden. Angesichts der starken außenwirtschaftlichen Öffnung des Landes und eines 1981 noch bestehenden allgemeinen und starren Indexierungssystems

konnten zudem Abwertungen hier letztlich keine Problemlösungen darstellen. Der Ausweg aus dem makroökonomischen Problemen ist in der Sanierung der öffentlichen Finanzen und der Einkommensanpassung – wie auch in anderen Ländern – zu suchen. In Bezug auf Belgien gewinnen dabei aber die in der Kommissionsmitteilung über „die Prinzipien der Indexierung in der Gemeinschaft"[14] enthaltenen Grundvorstellungen über Abbau bzw. Modifizierung der inflationsfördernden automatischen Kopplung von Preisen und Löhnen besondere Relevanz[15].

Dasselbe gilt auch für Italien, welches zusammen mit Belgien (und Luxemburg) das umfassendste und am raschesten wirksame System der Kopplung zwischen Verbraucherpreisindex und Stundenlöhnen („Scala mobile") oder anderen Preisen besitzt. Ist hier bereits ein Element vorhanden, daß schon lange zu Verzerrungen in der Lohnstruktur, zu Inflation und abnehmender Wettbewerbsfähigkeit führt und damit tendenziell zur Leistungsbilanzschwäche, so war der öffentliche Sektor mit seinem hohen Defizit, dessen liquidisierende Wirkung nur unzureichend gebremst wurde, ein weiterer Bestimmungsfaktor für die sich verschlechternde Leistungsbilanz und Lira-Schwäche, die durch Devisenmarktinterventionen nur vorübergehend aufgefangen werden konnte. Nach der Abwertung der Lira um 6 % gegenüber den anderen EWS-Währungen im März 1981 führte die italienische Regierung ohne vorherige Konsultationen im Mai eine Bardepotpflicht auf Devisenkäufe ein, um das Risiko weiterer Währungsabgaben zu vermeiden. Diese auch aus binnenwirtschaftlichen Gründen (Liquiditätssteuerung) ergriffene Maßnahme stieß wegen ihrer importhemmenden Wirkung auf den Widerstand der anderen EG-Partner. Die Kommission gab der Besorgnis protektionistischer Kettenreaktionen Ausdruck, die solche Maßnahmen bei Partnerländer, die sich in ähnlicher oder noch schlechterer Zahlungsbilanzsituation befinden, auslösen könnten. Dennoch blieb ihr letztlich nichts anderes übrig, als der Maßnahme zuzustimmen und nach Ablauf der ersten Phase auch noch eine Verlängerung – allerdings mit degressiven Bardepotsätzen – bis März 1982 zu genehmigen[16].

Der Versuch, wirtschaftliche Schwierigkeiten durch einseitige Maßnahmen zu lösen, ist ein gefährlicher, desintegrierender Weg. Er kontrastiert zu gemeinschaftlichen Bemühungen, wie sie etwa in der Anpassung des Instruments der Gemeinschaftsanleihen im März 1981 zum Ausdruck kommen. Dieses Instrument wurde im Anschluß an die erste Ölkrise 1975 zu Zwecken des Kapitalrecyclings für in Zahlungsbilanzschwierigkeiten geratene Mitgliedsländer geschaffen. Die mobilisierbaren Mittel – die Gemeinschaft setzt ihre Kreditwürdigkeit zur Aufnahme von Mitteln ein und verleiht diese Mittel an durch Verteuerung der Erdölerzeugnisse in Zahlungsbilanzschwierigkeiten gekommene Mitgliedsländer – wurden von 3 Mrd. $ auf 6 Mrd. ECU (=6,7 Mrd. $) aufgestockt[17].

Die auf dem „europäischen Gipfel" im November 1981 in Aussicht genommene Erhöhung der Darlehenskapazität im Rahmen des Neuen Gemein-

schaftsinstruments (NGI) – nach ihrem Urheber auch „Ortoli-Fazilität" genannt – ist ein weiterer gemeinschaftlicher Ansatz, der zudem im Zusammenhang mit anderen Instrumenten betrachtet werden sollte (Regional-, Sozialfonds etc.). Die Bundesrepublik wirkt bei Ausweitungen des Anleihemechanismus allerdings nicht zuletzt wegen Befürchtungen hinsichtlich zu starker strukturpolitischer Eingriffe meist bremsend. Ausdruck der Solidargemeinschaft waren die im Januar 1981 im Rahmen des NGI für den Wiederaufbau im süditalienischen Erdbebengebiet genehmigten Mittel und die Sonderhilfe für erdbebengeschädigte Regionen in Griechenland vom Dezember 1981[18].

Mittelfristige Leitlinien für die Wirtschaftspolitik

Der Rat befaßte sich – entsprechend der Ratsentscheidung zur Erreichung eines hohen Grades an Konvergenz der EG-Mitgliedsländer aus dem Jahre 1974 – routinemäßig dreimal mit der Wirtschaftslage der Gemeinschaft. Auf der Dezembertagung wurde der Jahreswirtschaftsbericht mit den Leitlinien für 1982 verabschiedet. Konstatiert wird, daß die verbesserten konjunkturellen Aussichten keineswegs ausreichen, die Beschäftigungssituation zu verbessern und die wirtschaftliche Schwäche und die wirtschaftspolitischen Fehler auszugleichen[19].

Mit dem von der Kommission im Juli 1981 an den Rat übermittelten Programmentwurf für die mittelfristige Wirtschaftspolitik, der den Zeitraum 1981 – 85 umfaßt und das fünfte Programm seit 1966 darstellt, soll der mittelfristige Rahmen für die nationalen Konjunktur- und Wachstumspolitiken und die Politik der Gemeinschaft in den nächsten Jahren gesteckt werden[20].

Als Hauptziele werden die Eindämmung der Inflation und die Förderung des Strukturwandels genannt. Zu diesem Zwecke müsse die Geldpolitik das Geldmengenwachstum konsequent auf die mittelfristigen Produktionsmöglichkeiten hin ausrichten. Die öffentlichen Haushalte seien diesem geldpolitischen Kurs anzupassen: In einer Reihe von Mitgliedsländern seien die Defizite abzubauen, insbesondere dadurch, daß der Ausgabenanstieg unter dem Zuwachs des BSP gehalten wird. Im Hinblick auf die Lohnpolitik sei es erforderlich, daß die Reallöhne unter der um die Terms-of-Trade-Änderungen bereinigten Arbeitsproduktivität bleiben. Parallel dazu müßten die Voraussetzungen für eine bessere Anpassung der Sozialpartner, Verbraucher und Investoren an Marktsignale geschaffen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Firmen gestärkt werden. Stabilisierung und Strukturwandel seien die beiden wesentlichen Mittel, mit denen eine dauerhafte Verbesserung der Beschäftigungslage herbeigeführt werden könne[21].

Der Programmentwurf fand mit seiner Akzentuierung der Stabilisierungspolitik und der marktwirtschaftlichen Entwicklung – mithin wohl am deutschen Modell orientiert – nicht überall Zustimmung, wie belgische und dänische Vorbehalte signalisierten[22]. Das Programm war zudem noch zu einer Zeit aus-

gearbeitet worden, als auch in Frankreich dem Marktmechanismus zunehmend Rechnung getragen wurde[23].

Die Kommission, einerseits „Katalysator" andererseits aber auch „Kompromißlieferant"[24], versuchte in einem von ihr später angefügten Vorwort einen Teil der Meinungsgegensätze abzufedern. Insbesondere wird duch die Präambel ein gewisser programmatischer Schwenk deutlich, dessen Elemente stärker in das interventionistische Expansionskonzept der neuen französischen Regierung zu passen scheinen. Vor allem wird aber auch im Vorwort deutlich, daß ihr das vom Ausschuß für Wirtschaftspolitik ausgearbeitete Programm mit seinen Zielen, deren Realisierung vor allem in der Verantwortung der einzelnen Länder liegt, vom Ansatz her zu wenig gemeinschaftlich ausgerichtet erschien. Sie schlägt im Hinblick auf die „Gemeinschaftsdimension" vier große Aktionsbereiche vor[25]:

- Entscheidende Fortschritte bei der Errichtung des Europäischen Währungssystems;
- eine wesentliche Erhöhung der Investitionsquote in der EG, insbesondere Energieinvestitionen als Teil einer gemeinsamen Energiepolitik;
- die systematische Ausnutzung des Binnenmarktes und seiner kontinentalen Dimension;
- die verstärkte Beteiligung der Gemeinschaft an einer aktiven Beschäftigungspolitik.

Wirtschaftspolitischer Aktionismus in dieser Richtung wird gegenwärtig vor allem von Frankreich unterstützt, das in einem Memorandum über eine europäische „Relance" vom Oktober 1981 seine Vorstellungen darlegte[26]. Darin wird in Übereinstimmung mit dem Vorwort zum Programmentwurf für die mittelfristige Wirtschaftspolitik der rasche Übergang zur nächsten Phase des EWS, eine aktive Beschäftigungspolitik der Gemeinschaft und eine größere Nutzung gemeinschaftlicher Anleihemöglichkeiten (einschießlich deren Erweiterung) zur Förderung von gemeinschaftlich festzulegenden Investitionsbereichen befürwortet.

Demgegenüber sind bei einer Reihe von Mitgliedsländern gewisse Vorbehalte und Skeptizismus in Bezug auf verstärkte Gemeinschaftsaktionen vorhanden. Das gilt im Hinblick auf den angestrebten Ausbau des EWS, wo allein die zeitlichen Rahmenvorstellungen im mittelfristigen Programm schon unrealistisch sind. Solange die allgemeinen stabilitätspolitischen Voraussetzungen nicht gegeben sind, wird hier kaum etwas laufen. Die Notwendigkeit der Beschleunigung der Investitionstätigkeit ist allgemein unumstritten und es wird durchaus die Bedeutung einer koordinierten Investitionsförderung gesehen. Sofern damit aber eine Mittelausweitung für Gemeinschaftsaktionen einhergeht, werden einige Mitglieder wohl abblocken, nicht zuletzt auch aus Furcht vor Ansätzen zu einer gelenkten Industriepolitik für die in der Kommission eine gewisse Neigung zu bestehen scheint[27].

Tabelle 1: Wichtige Ergebnisse der „Basis"-Projektion für die Gemeinschaft im Rahmen des 5. Programms für mittelfristige Wirtschaftspolitik (durchschnittliche jährliche Wachstumsrate in v.H., wenn nicht anders angegeben)

	1973/60	1980/73	1985/80	1985/81
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	4,6	2,2	1,9	2,5
BIP-Deflator	4,9	10,4	8,1	7,7
Bruttoanlageinvestitionen	5,4	0,7	1,1	2,1
Beschäftigung	0,2	0,0	−0,2	0,0
Kaufkraft der Pro-Kopf-Löhne	5,0	2,0	0,8	1,0
Bereinigte Lohnquote	0,2	0,0	−1,1	−1,4
Leistungsbilanz am Ende des Zeitraums (in v.H. des BIP)	0,4	−1,4		−0,2

Quelle: EG-Kommission, Fünftes Programm für mittelfristige Wirtschaftspolitik (abgedruckt in: Europäische Wirtschaft, Nr. 9, S. 31).

Tabelle 2: Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren: Prognosedaten ausgewählter Institutionen für einzelne Länder 1982

Land	Reales BSP Vorjahresvergleich in %			Verbraucherpreise Vorjahresvergleich in %			Saldo der Leistungsbilanz (Mrd. US-$)		
	EG	OECD	HWWA	EG	OECD	HWWA	EG	OECD	HWWA
D	2,2	1,3	1,0	4,5	4,5	5,0	−2,3	1,8	0
B	0,2	1,0	1,0	7,0	7,3	7,5	−6,7	−6,3	−6,0
DK	3,0	3,3	1,5	9,4	8,5	10,0	−2,3	−2,5	−2,0
GR	2,1	1,3	n.v.	22,5	23,0	n.v.	−1,2	−2,8	n.v.
F	3,0	2,5	2,5	13,0	13,8	12,5	−11,9	−6,8	−7,0
IRL	3,6	2,5	1,5	16,0	18,8	18,0	−2,4	−2,0	n.v.
I	1,8	1,0	0,0	16,9	16,0	16,5	−5,5	−5,0	−5,0
L	−0,3	0,3	n.v.	7,0	7,0	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.
NL	0,9	0,5	1,0	6,0	5,8	6,0	3,5	5,0	n.v.
UK	1,4	0,3	1,0	10,5	10,3	9,5	2,8	2,3	5,0
EG*	2,0	1,5	(1,3)	10,5	(10,0)	(9,4)	−26,0	−16,3	(−11,0)

* Jeweils für die Anzahl ausgewiesener Länder

Quelle: EG-Kommission, Jahreswirtschaftsübersicht 1981/82 (Okt. 1981); OECD Economic Outlook, Dez. 1981; HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Weltkonjunkturdienst Nr. 1/82; Ergänzung durch eigene Berechnungen.

In Bezug auf „die systematische Ausnutzung des Binnenmarktes und seiner kontinentalen Dimension" – Vollendung des Gemeinsamen Marktes, binnenmarktbezogene gemeinschaftliche Technologie- und Innovationspolitik, Harmonisierung der Produktionsbedingungen – wird die „Katalysatorfunktion" der Kommssion deutlich. Allerdings ist sie offenbar selbst wenig optimistisch, wenn sie auf die Schwierigkeiten und den nötigen Mut verweist.

Ansätze zu einer aktiven Beschäftigungspolitik auf Gemeinschaftsebene werden für einige Länder insoweit nicht akzeptabel sein, wie sie interventionistische Züge tragen.

Kurzfristige und mittelfristige Wirtschaftsaussichten

Im Rahmen des Programmentwurfs für die mittelfristige Wirtschaftspolitik wird auch eine Quantifizierung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Aggregate der Gemeinschaft bis 1985 vorgenommen[28] (vgl. Tabelle 1).

Ausgehend u.a. von der Annahme unveränderter Wirtschaftspolitiken, gleichbleibendem Verhalten der Wirtschaftssubjekte, einem weiteren schrittweisen Anstieg der realen Ölpreise sowie weitgehend stabiler Wechselkurse zeigt die Projektion, daß das Wachstum des BIP sich in einer Größenordnung wie nach dem ersten Ölpreisschock (2 – 3 %) bewegen könnte. Nach der derzeitigen Rezession würde das in den nächsten Jahren eine leicht höhere Wachstumsrate implizieren. Die Beschäftigung wird nach dieser Projektion allenfalls geringfügig anwachsen, so daß – angesichts neu auf den Markt drängender Arbeitskräfte – die Arbeitslosigkeit weiter steigen dürfte. Der Peisanstieg könnte sich abflachen und das Leistungsbilanzdefizit am Ende der Periode verschwunden sein.

Die mittelfristige Status-quo-Vorausschätzung mit ihren unbefriedigenden Aussichten für die Gemeinschaft verdeutlicht zwar die Notwendigkeit energischer wirtschaftspolitischer Maßnahmen. Über die einzuschlagende Strategie sind die Meinungen aber nicht einhellig, wie die Diskussionen um das mittelfristige Programm zeigen.

Betrachtet man die wirtschaftlichen Aussichten nur der allernächsten Zukunft, wie sie sich etwa in den Vorausschätzungen nationaler und internationaler Institutionen für 1982 widerspiegeln, so zeigt sich, daß bei nur geringem Zuwachs des BSP (1,5 %) die Inflationsrate der Gemeinschaft zwar weiter rückläufig sein dürfte, aber immer noch bei 10 % liegen wird (vgl. Tabelle 2). Rückläufig wird auch das Leistungsbilanzdefizit sein, könnte aber immer noch in einer Höhe von 15 Mrd. $ verharren. Deutlich wird allerdings, daß die Indikatoren kaum Hinweise auf eine verstärkte Konvergenz der wirtschaftlichen Entwicklung in der Gemeinschaft geben.

Anmerkungen

1 Das gilt, um ein besonders markantes Beispiel herauszugreifen, für die im engen Zusammenhang mit der tief wurzelnden Krise der Gemeinsamen Agrarpolitik anstehenden Haushaltsprobleme, für die keine dauerhaften Lösungen offenkundig werden.

2 Vgl. Kommission der EG (Hrsg.), Fünfzehnter Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaften 1981, S. 24.

3 Vgl. Jahresgutachten 1980/81 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, in: BTDrucks. Nr. 9/17 vom 25. 11. 1980, S. 14.

4 Siehe hierzu Peter-W. Schlüter, Das Europäische Währungssystem (EWS), in diesem Band.

5 Vgl. Vergessenes Ordnungsdenken im Gemeinsamen Markt, in: Neue Zürcher Zeitung, 17. 8. 1981.

6 Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Verbesserung der Koordinierung der Wirtschaftspolitik, KOM (80) 101 u. Corrigendum KOM (80) endg./2.

7 So konnte die Reform des Lohnindexierungssystems („Scala mobile") als wichtigstes Element des italienischen Sanierungsprogramms vom Frühjahr 1980 nicht durchgesetzt werden.

8 Vgl. Jahreswirtschaftsbericht der EG 1980/81, abgedruckt in: Europäische Wirtschaft, Nr. 7, 1980, S. 29.

9 Vgl. Jahreswirtschaftsbericht der EG 1981/82, abgedruckt in: Europäische Wirtschaft, Nr. 10, 1981, S. 29.

10 Vgl. dazu Hans-Jürgen Schmahl, Perspektiven der Wirtschaftsentwicklung 1982, in: Konjunktur von morgen, hrsg. von HWWA–Institut für Wirtschaftsforschung –Hamburg, Nr. 603, 23. 12. 1981.

11 Vgl. Bulletin der EG, 7/8–1981, S. 26f.

12 Empfehlung der Kommission vom 22. Juli 1981 an die Regierung des Königreichs Belgien gemäß Aritkel 11 der Entscheidung des Rates 74/120/EWG vom 18. Februar 1974, abgedruckt in: Europäische Wirtschaft, Nr. 10, 1981, S. 161.

13 Empfehlung der Kommission vom 1. Juli 1981 an die Regierung der Italienischen Republik gemäß Artikel 108, Absatz 1, abgedruckt in: Europäische Wirtschaft, Nr. 10, 1981, S. 158f.

14 Mitteilung der Kommission an den Rat über die Prinzipien der Indexierung in der Gemeinschaft vom 23. Juli 1981, abgedruckt in: Europäische Wirtschaft, Nr. 10, 1981, S. 165f.

15 Mit der im Rahmen eines anspruchsvollen Sanierungsprogramms vorgenommenen Abwertung des belgischen Francs (8,5 % gegenüber den meisten EWS-Ländern) wurden auch Konsequenzen hinsichtlich der Indexierung getroffen; vgl. dazu im einzelnen: Bank for International Settlements, Press Review vom 10. 3. 1982, S. 17f.

16 Das Importdepot vom Juni 1981 wurde im Februar 1982, also einen Monat früher als geplant, aufgehoben.

17 Vgl. im einzelnen Bulletin der EG, 2/1981, S. 12f.

18 Vgl. Bulletin der EG, 1/1981, S. 58; 3/1981, S. 20; 7/8–1981, S. 26.

19 Jahreswirtschaftsbericht der EG 1981/82, a.a.O., S. 31.

20 Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Fünftes Programm für mittelfristige Wirtschaftspolitik (Entwurf), abgedruckt in: Europäische Wirtschaft, Nr. 9, 1981.

21 Vgl. ebenda, S. 22f.

22 Siehe dazu: Stellungnahme der belgischen Delegation zum Entwurf des Fünften mittelfristigen Programms sowie Brief des Vorsitzenden des Auschusses für Wirtschaftspolitik an den Präsident der Kommission zur Übermittlung des Fünften Programms, abgedruckt in: Europäische Wirtschaft, Nr. 9, 1981, S. 49ff.

23 Angesichts des Regierungswechsels in Frankreich legten die französischen Mitglieder des Wirtschaftsausschusses erstmal einen allgemeinen Vorbehalt ein.

24 Vgl. Louis Janz, Die Kommission, in: Jahrbuch der Europäischen Integration 1980, hrsg. von Werner Weidenfeld u. Wolfgang Wessels, Bonn 1981, S. 65.

25 Entwurf zum Fünften Programm für die mittelfristige Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 13.

26 Vgl. dazu das Französische Memorandum über die Fortentwicklung der Gemeinschaft vom Oktober 1981, abgedruckt in: Bulletin der EG, 10/1981, S. 104ff., insbesondere S. 106; Dokument Nr. 5 in diesem Band.

27 Vgl. Erich Hauser, Paris will EG vom „deutschen Modell" abbringen, in: Frankfurter Rundschau, 8. 10. 1981.

28 Entwurf zum Fünften Programm für die mittelfristige Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 30f.

Weiterführende Literatur

Hodges, Michael u. William Wallace, Economic divergence in the European Community, London: Allen & Unwin 1981.

HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg (Hrsg.), Konjunktur von morgen; Weltkonjunkturdienst; siehe auch die Wirtschafts- und Konjunkturberichterstattung anderer deutscher und ausländischer Wirtschaftsforschungsinstitute.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.), Jahreswirtschaftsbericht 1981/82, abgedruckt in: Europäische Wirtschaft, Nr. 10, 1981;
Jahreswirtschaftübersicht 1981/82, abgedruckt in: Europäische Wirtschaft, Nr. 10, 1981;
Bulletin der Europäischen Gemeinschaften: Teil 2, Abschnitt Wirtschafts- und Währungspolitik;
Fünftes Programm für mittelfristige Wirtschaftspolitik, abgedruckt in: Europäische Wirtschaft, Nr. 9, 1981.

United Nations, Economic survey of Europe in 1980, prepared by the Economic Commission for Europe, Geneva: New York 1981.

Die unter dem Beitrag „Das Europäische Währugnssystem (EWS) genannte weiterführende Literatur.